

Nachdem trotz Verzögerungen alle sechs von der FARC gefangen gehaltenen Soldaten und Polizisten in Freiheit sind, stellt sich die Frage, wie Regierung und FARC weiter verfahren.

Die Tageszeitung EL TIEMPO geht am 17.2.11 auf Fragen ein, die die EU aufwirft:

Die EU stellt Fragen zur Widersprüchlichkeit der FARC

Der Botschafter der EU in Kolumbien, Fernando Cardesa, begrüßte die Freilassung von sechs Entführten in der vergangenen Woche, merkte aber zugleich an, dass die Unzuverlässigkeit der FARC bei der Einhaltung getroffener Absprachen „der gute Wille der FARC in Zweifel gerät“.

Cardesa bezog sich damit auf das gegebene, aber nicht eingehaltene Versprechen, am vergangenen Sonntag zwei Geiseln freizulassen, was dazu führte, dass die Operation sich bis Mittwoch hinzog, als die Guerrilla endlich die beiden letzten Gefangenen übergab: Den Polizeimajor Guillermo Solórzano und den Unteroffizier des Heeres Antonio Sanmiguel.

„Die Einhaltung der Vorkehrungen erfolgte nicht in erwarteter Weise. Die Verzögerung hat Unruhe ausgelöst und hat an dem angenommenen guten Willen der FARC zweifeln lassen“, stellte der europäische Botschafter fest.

Cardesa gab diese Erklärungen ab, nachdem die EU-Außenministerin Ashton in einem Kommuniqué ausgedrückt hatte, die Freilassung dieser Personen durch die FARC, „stellt einen guten Schritt dar hin zur Einhaltung des Internationalen Humanitären Rechts.“

Andererseits erklärte sie, „die Entführung zweier Arbeiter am 10. Februar im Departement Cauca ist ein klarer Widerspruch zum humanitären Geist, der nach den Worten der FARC die Freilassungen geleitet hat“.

Ashton wies ferner darauf hin, dass „die Umstände im Zusammenhang mit der Freilassung der letzten beiden Geiseln ernste Fragen aufwerfen“.

Ebenso richtete die EU einen Appell an die FARC und weitere bewaffnete Gruppen in Kolumbien, „unverzüglich alle noch in Gefangenschaft befindlichen Entführten freizulassen“.

Cardesa seinerseits bot „Hilfe ohne Bedingungen“ der EU für die Regierung Kolumbiens an; wenn Präsident Santos einen Hinweis gäbe oder eine besondere Hilfestellung bei Friedensbemühungen anfordere, würde die EU diese Unterstützung leisten.....